



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

08. Februar 2019

# Wochenbericht KW 6

forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 32 % bzw. 30 %, SPD zwischen 17 % und 15 % Grüne zwischen 20 % und 17 %, AfD bei 13 % bzw. 12 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Allgemeine Lebenslage:	Knappe Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, gleichzeitig deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Thema Bundesregierung:	Diesel-Skandal
Wichtigstes Thema:	Rentenpolitik/Altersvorsorge, SPD-Vorschlag zur Grundrente

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>FG Wahlen<sup>2</sup></b> für ZDF
CDU/CSU	32 (-)	30 (+1)	30 (-1)
SPD	15 (+1)	17 (+1)	16 (+2)
FDP	9 (-)	9 (-1)	8 (-)
DIE LINKE	8 (-1)	9 (+1)	9 (-)
B'90/Grüne	19 (-1)	17 (-1)	20 (-)
AfD	12 (+1)	13 (-2)	12 (-1)
Sonstige	5 (-)	5 (+1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	28.01.-01.02.	31.01.-06.02.	05.-07.02.

Die Union liegt bei forsa 17 (-1), bei FG Wahlen 14 (-3) und bei Emnid 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	46 (-1)
Nahles	13 (-)
Kramp-Karrenbauer	41 (-1)
Scholz	21 (-1)
Erhebungszeitraum	28.01.-01.02.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 20 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (10.02.2019)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 4

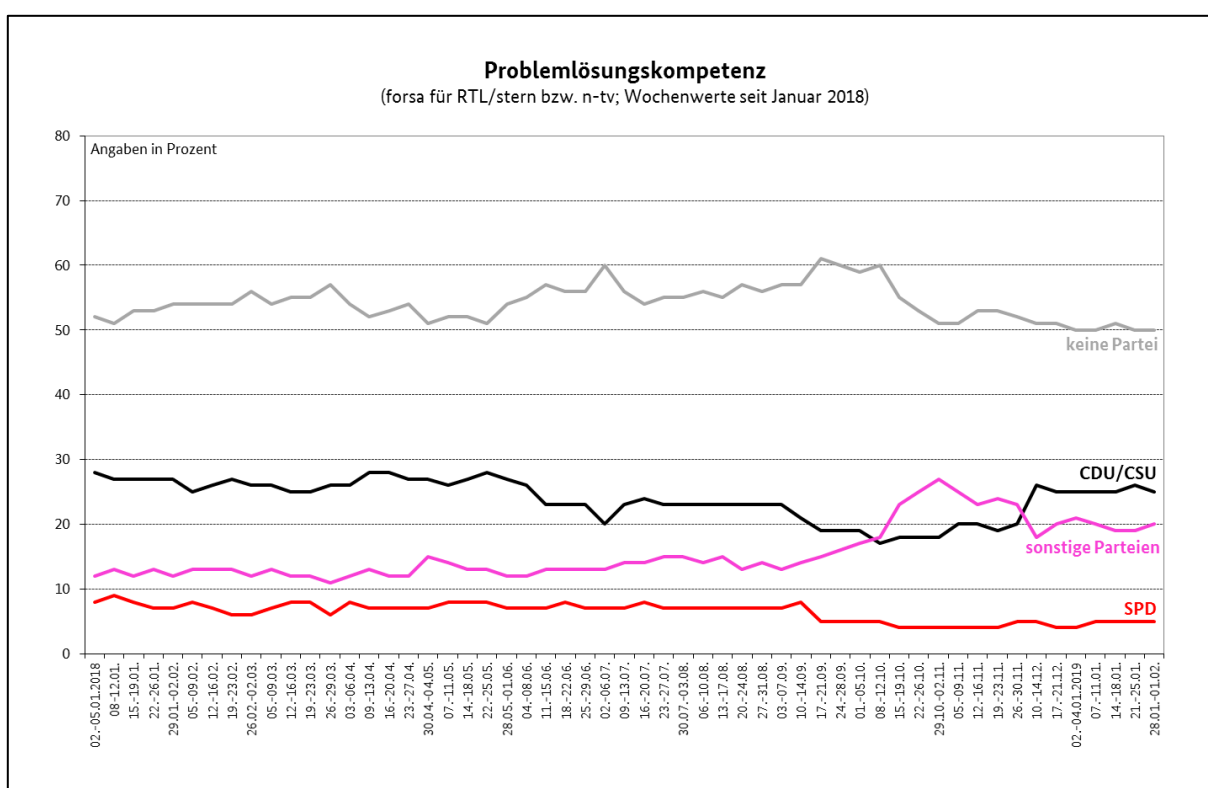
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	25	(-1)
SPD	5	(-)
sonstige Parteien	20	(+1)
keine Partei	50	(-)
Erhebungszeitraum	28.01.-01.02.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Jeder Zweite (-) traut die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



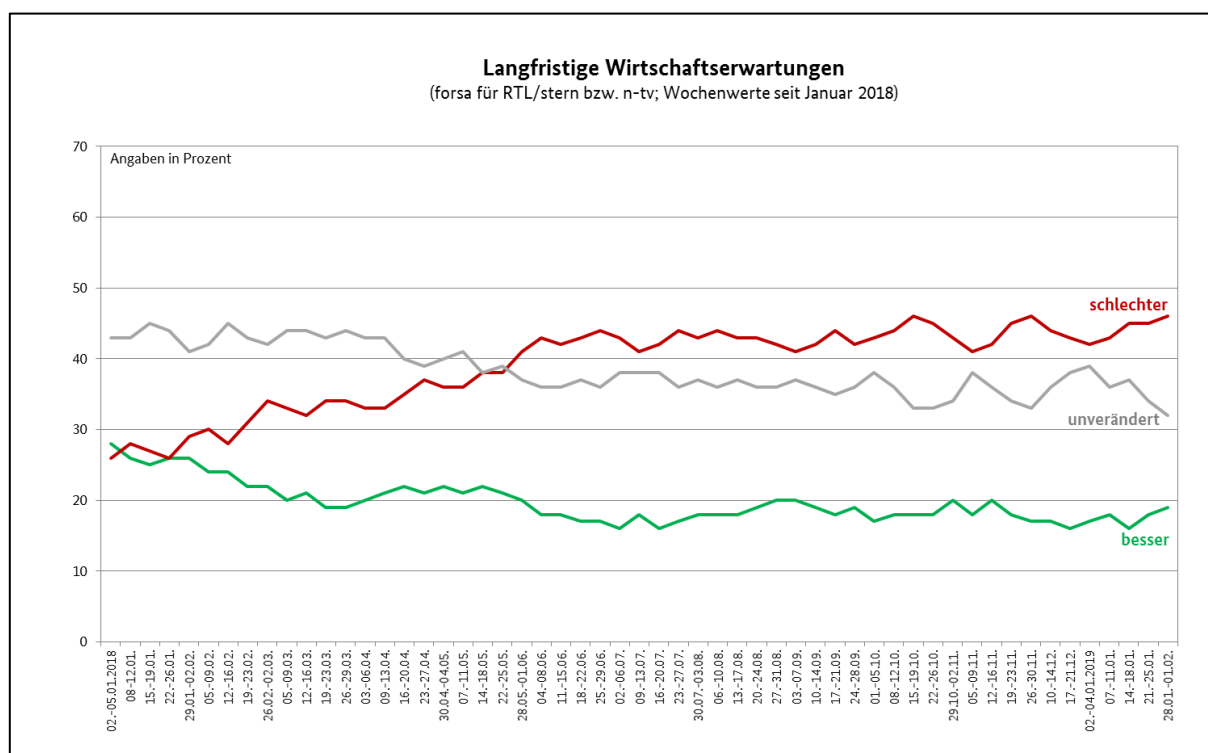
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	19	(+1)
schlechter	46	(+1)
unverändert	32	(-2)
Erhebungszeitraum	28.01.-01.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



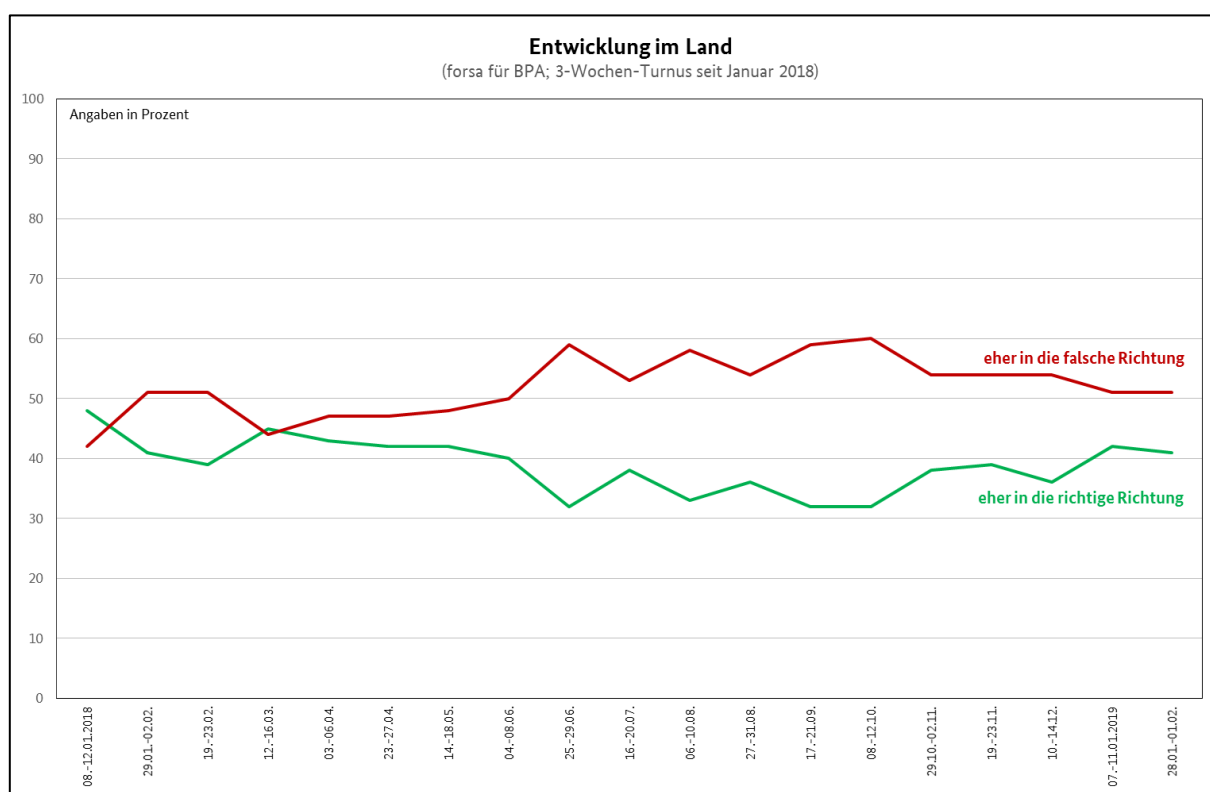
## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 3

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA	
eher in die richtige Richtung	41	(-1)
eher in die falsche Richtung	51	(-)
Erhebungszeitraum	28.01.-01.02.	

Unter 30-Jährige (49 %) sowie Anhänger der Union (59 %), der FDP (48 %) und der Grünen (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für 30- bis 59-Jährige, Ostdeutsche, Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung und Mittelverdiener (jew. 57 %) sowie für Anhänger der AfD (88 %) und der Linkspartei (58 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur 3

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	84 (-2)	16 (+3)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	70 (-3)	25 (+3)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49 (-2)	50 (+3)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42 (-7)	47 (+4)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	36 (-3)	61 (+2)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	33 (-)	61 (-1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	32 (-)	64 (-1)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	32 (-2)	66 (+2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	28 (-1)	69 (-)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	21 (-4)	76 (+5)
Erhebungszeitraum	28.01.-01.02.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (84 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (70 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von zehn Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

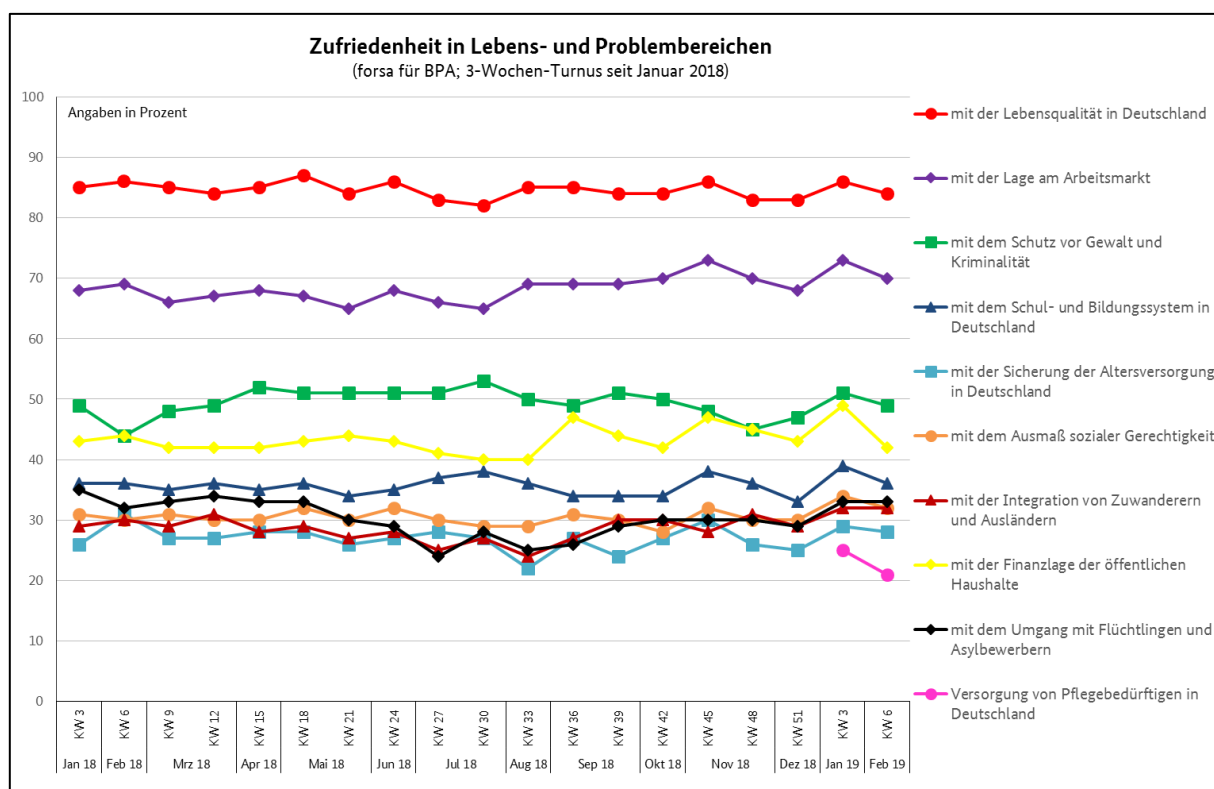
Anhänger der Grünen (68 %), der Linkspartei (67 %) und der FDP (57 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (62 % zu 41 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (61 % zu 37 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (58 % zu 42 %). Ostdeutsche (63 %) und Anhänger der AfD (74 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Union, der FDP (jew. 54 %) und der Grünen (47 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Männer sind häufiger (sehr) zufrieden als Frauen (47 % zu 37 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (48 % zu 31 %). 30- bis 59-Jährige (55 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (54 %) und Ostdeutsche (52 %) sowie Anhänger der AfD (64 %) und der Linkspartei (57 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (68 %) und 45- bis 59-Jährige (66 %) sowie Anhänger der Linkspartei (80 %) und der AfD (79 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem, Mittel- bzw. Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (65 % zu 49 %).

Ostdeutsche (74 %) sowie Anhänger der Linkspartei (93 %) und der AfD (83 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit.

Anhänger der AfD (83 %) und der SPD (81 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Versorgung von Pflegebedürftigen.



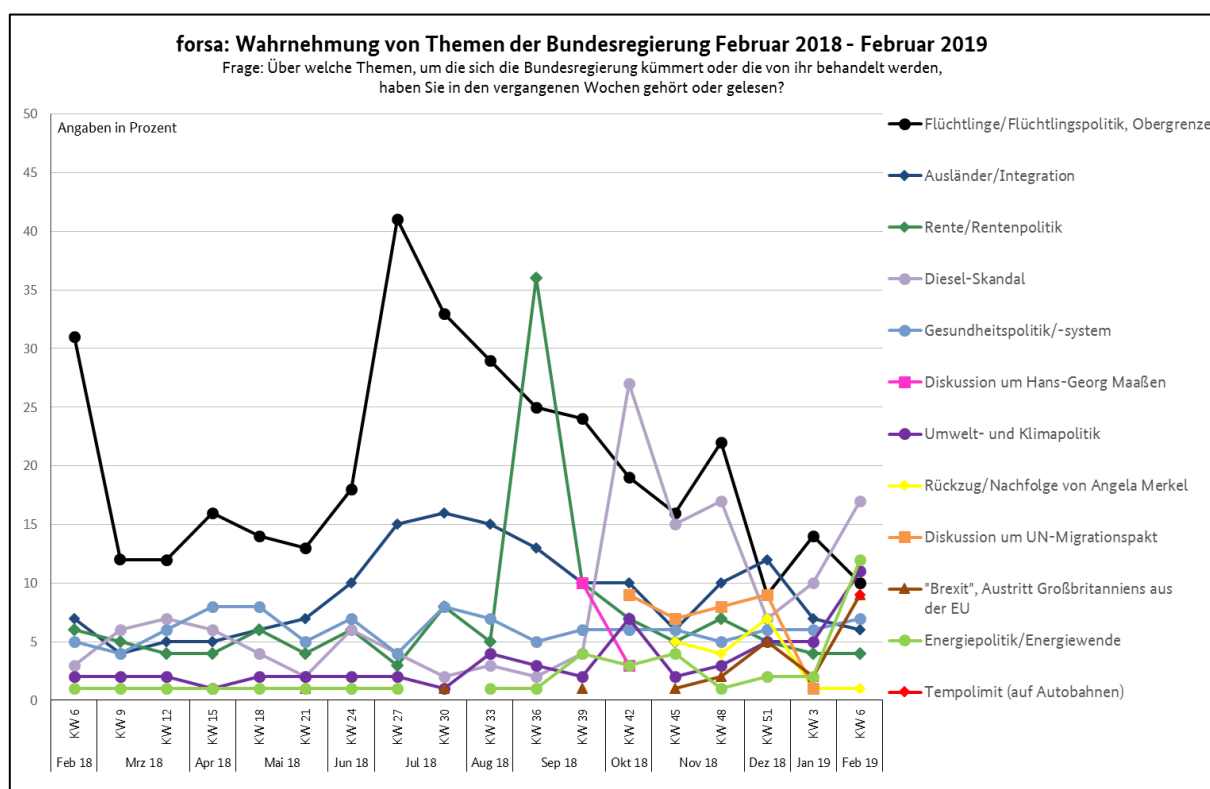
## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 3

	forsa für BPA
Diesel-Skandal	17 (+7)
Energiepolitik/Energiewende	12 (+10)
Umwelt- und Klimapolitik	11 (+6)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	10 (-4)
Brexit	9 (+7)
Tempolimit (auf Autobahnen)	9 (neu)
Gesundheitspolitik/-system	7 (+1)
Ausländer/Integration	6 (-1)
Erhebungszeitraum	28.01.-01.02.

Der "Diesel-Skandal" ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Überdurchschnittlich häufig wird es von 45- bis 59-Jährigen (22 %) sowie von Anhängern der AfD (26 %) und der FDP (23 %) genannt. Gutverdiener nennen den Diesel-Skandal häufiger als Geringverdiener (22 % zu 9 %).





## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Rentenpolitik/Altersvorsorge, SPD-Vorschlag zur Grundrente	19 (+15)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	11 (-3)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	8 (-18)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	7 (-2)
US-Präsidentschaft Donald Trump	6 (+1)
Atomwaffen, Ausstieg USA und Russland aus INF-Vertrag	6 (neu)
Erhebungszeitraum	05.-06.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Rentenpolitik/ Altersvorsorge, SPD-Vorschlag zur Grundrente". Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der SPD und der FDP (jew. 28 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (25 % zu 8 %).

Anhänger der AfD (20 %) erwähnen den Abgas- bzw. Dieselskandal besonders oft. Geringverdiener (4 %) und Ostdeutsche (5 %) sowie Anhänger der Linkspartei (6 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

